



Vorlage an das Stadtparlament

vom 18. Oktober 2005

Nr. 1101

Interpellation

Interpellation Heini Seger und Daniel Rietmann: 15. Strassenbauprogramm des Kantons St.Gallen (2009 - 2013); schriftlich

Heini Seger und Daniel Rietmann und 31 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner reichten am 30. August 2005 die Interpellation „15. Strassenbauprogramm des Kantons St.Gallen (2009 - 2013)“ ein. Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

Mit einem zeitlichen Vorlauf von etwa zwei Jahren zur Botschaft an den Grossen Rat des Kantons St.Gallen sind jeweils von den Gemeinden die Überlegungen zum neuen Strassenbauprogramm zu konkretisieren. Für das 15. Strassenbauprogramm 2009 – 2013 werden somit die notwendigen Vorarbeiten für die Festlegung von Massnahmen im Laufe des nächsten Jahres abzuschliessen sein. Ausgangspunkte für die Vorarbeiten sind die strassenbaulichen und verkehrstechnischen Anforderungen an ein funktionstüchtiges und wessengerechtes Kantonsstrassennetz einerseits, die Berücksichtigung der verkehrs- und siedlungspolitischen Zielsetzungen der Stadt andererseits.

1 Integrierende Planung

Die von den Interpellanten dargelegten Grundsätze und Ziele sind in der Verkehrsplanung der Stadt St.Gallen schon seit langem angewendet: Grundlegender methodischer Bearbeitungsansatz ist dabei das Prinzip der „Integrierten Planung“; diese wird bereits seit dem Genehmigungsbeschluss zum derzeit gültigen Teilplan Verkehr der Stadt St.Gallen, dem Realisierungsplan 1985/1990, der durch das damalige Stadtparlament am 17. November 1981 festgelegt wurde, praktiziert.

Bei Verkehrskonzepten von Städten und Agglomerationen werden im Sinne der so genannten Integrierten Planung die drei Säulen motorisierter Individualverkehr, öffentlicher Verkehr und Langsamverkehr in ihrem Zusammenwirken betrachtet und mit der Siedlungs- und Nutzungsentwicklung abgestimmt. In der zur Zeit laufenden Überarbeitung der städtischen



Richtplanung werden daher die Zusammenhänge zwischen Siedlungs- und Verkehrspolitik, die entsprechenden übergeordneten Zielsetzungen und die anzuwendenden Strategien politisch zu diskutieren und festzulegen sein. Der Stadtrat wird die für die Richtplanarbeiten geltenden Zielvorstellungen und Grundsätze in einer Vorlage an das Stadtparlament demnächst vorlegen. Auch vom Bund wird die Systematik der integrierten Planung für die Bearbeitung der Agglomerationsprogramme vorgeschrieben und sie ist eine der Voraussetzungen für die Akzeptanz eines entsprechend ausgewogenen und wirksamen Massnahmenpaktes.

Die von den Interpellanten angeführte Mengenbetrachtung über die Zahl der von den Gemeinden eingereichten Projekte ist nicht praxisrelevant. Damit wird kritisiert, die Stadt hätte zu wenig Anträge für Massnahmen eingereicht. Bei der Bewertung der zur Aufnahme im Strassenbauprogramm beantragten Projekte ist nicht deren Menge entscheidend, sondern vielmehr deren Qualität in Bezug auf die Übereinstimmung mit den verkehrspolitischen Zielen. Massgebend sind ausserdem die vom Kanton aufgrund der erwarteten Verkehrsentwicklung und der finanzplanerischen Gegebenheiten im Voraus formulierten Vorgaben. Zwingende Voraussetzungen sind im Weiteren technische Machbarkeit und Dringlichkeit.

Im 14. Strassenbauprogramm des Kantons (2004 bis 2008) wurden folgende Anträge der Stadt St.Gallen aufgenommen: Strassenraumgestaltung Zürcher Strasse (Lachen bis Bruggen), Fussgängerüberführung Teufener Strasse (Riethüsli), Instandstellungsmassnahmen an der Langgasse (Heiligkreuzstrasse), der Teufener Strasse (Riethüsli bis Kantonsgrenze), der Feldlistrasse (Zürcher Strasse bis Hätterenwaldstrasse) und an der Torstrasse.

2 Richtplanung

Der Stadtrat wird strassenbauliche und verkehrstechnische Massnahmen weiterhin nach dem Prinzip der Integrierten Planung bearbeiten. Diese grundlegende, ganzheitliche Betrachtungsweise entspricht einem zeitgerechten, wirkungsorientierten Planungsverständnis und stellt den Planungsprozess in den Vordergrund.

Der Richtplan, der derzeit vorbereitet wird, wird hingegen neu nicht mehr gesondert aus „Teilplänen“ für Verkehr, Siedlung, Landschaft etc. bestehen, sondern im Sinne eines integralen und umfassenden Planungsverständnisses alle Bereiche berücksichtigen. Die Verkehrsaspekte – MIV, öV, LV – sind als Teil einer Gesamtschau und -problematik zu behandeln. Gleichzeitig mit der Erarbeitung des Richtplanes der Stadt St.Gallen wird unter Führung des Kantons das Agglomerationsprogramm St.Gallen – Rorschach erarbeitet. Der Richtplan wird auf das Agglomerationsprogramm St.Gallen – Rorschach abgestimmt werden.



3 Realisierbare Projekte im Rahmen der Planungsgrundsätze

Das Paket der Massnahmen, welches der Stadtrat dem Kanton zur Aufnahme ins nächstfolgende Strassenbauprogramm beantragt, wird in der Regel zwischen den fachtechnischen Stellen von Kanton und Stadt vorbesprochen. Strassenausbauten und -korrekturen, die Erstellung von Kunstbauten und Umweltschutzmassnahmen benötigen, nachdem die gesamtplanerische Bedürfnisfrage bejaht ist, eine sorgfältige fachtechnische Vorabklärung. Will die Stadt bei der Berücksichtigung der vorgeschlagenen Massnahmen Erfolg haben, muss sie ihre Anliegen mit den Vorgaben des Kantons, die jeweils bei der entsprechenden Botschaft an den Kantonsrat darzulegen und zu bestätigen sind, optimal abstimmen. Anträge und Begehren können nur Projekte umfassen, die in der bevorstehenden Periode des Strassenbauprogramms realisierbar sind und für welche die notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden können. Der Stadtrat ist bereit, für Massnahmen – die mit den Planungsgrundsätzen und Zielsetzungen übereinstimmen – den zur Verfügung stehenden Spielraum voll auszunutzen.

4 Agglomerationsprogramm

Das Agglomerationsprogramm St.Gallen – Rorschach wird im Rahmen einer geeigneten Projektorganisation vom Kanton geführt. Die Stadt ist in den Projektgremien vertreten und bringt ihre Anliegen dort auch ein. Damit liegt der Entscheid über die dem Bund als Bestandteile des Agglomerationsprogramms St.Gallen – Rorschach zu beantragenden Massnahmen letztlich beim Kanton. Vorhaben, die im Rahmen des Agglomerationsprogramms als zweckmässig in das Massnahmenpaket aufgenommen werden, geniessen somit die Unterstützung von Kanton und Agglomerationsgemeinden. Die Machbarkeit der in dem Programm enthaltenen einzelnen Massnahmen ist aber nur gegeben, wenn sich der Bund massgeblich an den Kosten beteiligt. Eine Aufnahme dieser Projekte in ein Strassenbauprogramm des Kantons wird also nur möglich sein, wenn die Finanzierung der Agglomerationsprogramme gesichert sein wird. Weiter sind eine erfolgreiche spätere Projektierung und positiv ausgehende Entscheidungsverfahren bei Kanton und Gemeinden für die Ausführbarkeit von Massnahmen im Rahmen des kantonalen Strassenbauprogramms Voraussetzung.

Der Stadtpräsident:
Hagmann

Im Namen des Stadtrats
Der Stadtschreiber:
Linke



Beilage:
Interpellation vom 30. August 2005

